



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

3. Ratssitzung vom 27. Mai 2026

127. 2025/405

Interpellation von Johann Widmer (SVP), Samuel Balsiger (SVP) und Derek Richter (SVP) vom 10.09.2025:

Duldung langjähriger Hausbesetzungen, Anzahl besetzter Objekte, Durchführung von Kontrollen, Anzahl Anzeigen, Räumung der besetzten Liegenschaften im Sinne der Prävention gegen illegale Aktivitäten und Anerkennung dieser Besetzungen als Brutstätte linker Gewalt

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 2 vom 7. Januar 2026).

Johann Widmer (SVP) nimmt Stellung: Ich war über die Kommentare des Stadtrats zur Interpellation erstaunt. Im Prinzip hat er eine Kapitulationserklärung des Rechtsstaats vor der linksradikalen Strasse verfasst. Was die rot-grüne Exekutive serviert, ist leider Realitätsverweigerung und kaum zu übertreffen. Während die Zürcher Bürger für jedes falsch parkierte Auto zur Kasse gebeten werden, gewährt der Stadtrat den linksradikalen, gewaltbereiten und antisemitischen Kreisen einen behördlich geschützten Freiraum. Wenn man das genauer betrachtet, ist es eine staatliche Einladung zum Rechtsbruch – besonders das städtische Merkblatt zu Hausbesetzungen, konkret zu illegalen Enteignungen. Der Stadtrat schützt nicht die Opfer, sondern die Täter. Wenn die Stadtregierung behauptet, es gebe keine Belege für die Häufung von Straftaten in diesen Objekten, zeigt das ihre Blindheit. Gruppen betreiben dort ungestört ideologische Hetze, nutzen die rechtsfreien Räume als logistische Basis – und der Stadtrat schaut weg. Im Jahr 2023 gab es in der Stadt eine einzige Personenkontrolle in besetzten Objekten. Das ist kein Augenmass, sondern Arbeitsverweigerung von Amtswegen. Die Ausrede, dass man nicht auf Vorrat räume, ist ein unsinniges Argument. Damit signalisiert der Stadtrat den Chaoten, dass man nur dreist genug sein muss, um sein Ziel zu erreichen. Die SVP hat genug von diesem staatlich subventionierten Kuschelkurs und will nicht, dass diese Brutstätten linker Gewalt verharmlost werden. Der Steuerzahler soll das nicht weiter unterstützen müssen. Wer Antisemitismus, Links- und Rechtsradikalismus gewähren lässt und wegschaut, macht sich mitschuldig. Wir fordern die sofortige Ungültigerklärung dieses Merkblatts und die bedingungslose Räumung aller 13 besetzten Objekte. Wer das Recht bricht, soll rausfliegen. Es gibt sinnvollere Zwischennutzungen.



2 / 2

Weitere Wortmeldungen:

Jane Bailey (SVP): *In Wipkingen ist die alte Post seit Jahren besetzt: Ein wahres Symbol für die gescheiterte Politik dieser Stadtregierung. Statt konsequent zu räumen, hat die Stadt das Gebäude sogar für Millionen Franken gekauft, während die Besetzer weiterhin bleiben dürfen. Diese jahrelange Duldung illegaler Besetzungen hat Folgen für das ganze Quartier: Vermüllung, Lärm, wiederkehrende Unruhen um den Röschibachplatz und illegale Werbepropaganda im ganzen Quartier, genauso wie antisemitische Schmierereien und sozialistische Parolen auf Fassaden von Gewerbebetrieben, die damit nichts zu tun haben. Wann hört dieser rechtsfreie Dauerzustand endlich auf?*

Martina Zürcher (FDP): *Ich zitiere aus der Antwort des Stadtrats: «Bei Hausbesetzern und anderen Aktivistinnen und Aktivisten, die sich dauernd, temporär oder auch nur sporadisch in besetzten Liegenschaften aufhalten, dürfte es sich auch um Personen mit politisch linker Gesinnung handeln. Einzelne besetzte Objekte dienen der linksextremen Szene als Versammlungsort und werden auch aktuell in dieser Weise genutzt». Da kann man sich fragen, ob sie das auch gutheissen würde, wenn man «links» durch ein anderes Wort ersetzen würde. Dass die nationale Gesetzesänderung per 1. Juli 2026 mit keinem Wort erwähnt wird, ist spannend. Die Stadt wird ihr Merkblatt entsorgen müssen.*

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat